Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Durlacher Tagblatt. 1920-1964
# 1932

279 (28.11.1932)

Visual Library

# Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 279 — Montag den 28. November 1932 — 104. Jahrgang


## Kurze Tagesübersicht

**Die Entscheidung in der Regierungkrise ist am Samstag nicht gefallen. Nach einer neuen Fühlungnahme mit den Parteien soll am Dienstag oder Mittwoch ein neues Präsidialkabinett bestellt werden.**

*

**Als Kanzlerkandidaten werden Dr. Gördeler und General Schleicher genannt.**

*

**Im Preußischen Landtag wurde ein kommunistischer Antrag auf Rücktritt der Reichskommissare angenommen, da Zentrum und Nationalsozialisten sich der Stimme enthielten.**

*

**Frankreich hat mit Rußland einen Nichtangriffspakt abgeschlossen, der am Dienstag unterzeichnet wird.**

*

**In Genf hat Danzig einen Erfolg erzielt, dadurch, daß Polen die Zloty-Verordnung zurückzieht.**

## Vertagung der Entscheidung

### Vertrauliche Fühlungnahme mit den Parteien — Ein dritter Versuch zur Mehrheitsbildung

**Berlin**, 27. Nov. Die Ueberraschung vom Samstag war die Nachricht, daß **die Entscheidung des Reichspräsidenten über das neue Präsidialkabinett vertagt wurde.** An amtlicher Stelle wird nur die Auskunft gegeben, daß der Reichspräsident seine Entschließung bis zur Klärung verschiedener Fragen zurückgestellt habe. Wie wir jedoch erfahren, ist der Grund der Verschiebung darin zu suchen, daß **erneut mit den Parteien Fühlung genommen werden soll**, um, nachdem die Mehrheitsbildung gescheitert ist, **festzustellen, welche Aufnahme ein neues Präsidialkabinett in anderer Zusammensetzung bei ihnen finden würde. Die Tatsache eines Präsidialkabinetts als einziger Ausweg aus der Krise steht fest, ebenso daß es eine andere Zusammensetzung als das bisherige Reichskabinett erfahren wird.** Alle Personalfragen treten aber zurück hinter dem Problem, von wem das Kabinett geführt werden soll.

Die Version, daß ein Kabinett von Neurath in Frage komme, scheidet nach bestimmten Informationen aus; dasselbe gilt für ein Kabinett Meißner, da der Reichspräsident ihn nicht als engsten Mitarbeiter in seiner näheren Umgebung entbehren will, und Staatssekretär Meißner selbst auch wenig Neigung haben dürfte, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen.

Nach dem Ergebnis der Beratung des Samstags beim Reichspräsidenten stehen drei Möglichkeiten offen:

1. Ein **Kabinett von Papen.** Man weiß, daß Reichskanzler von Papen auch jetzt noch das volle Vertrauen des Reichspräsidenten genießt. Wenn aber Herr von Papen erneut beauftragt worden wäre, so hätte er sich auf alle Fälle Bedenkzeit bis Montag ausgebeten. Das läßt darauf schließen daß auch Herr von Papen sich über die starken Widerstände klar ist, die ihm aus dem Zentrum entgegenwachsen. In der Tat hat Prälat Kaas während des Empfanges beim Reichspräsidenten bei aller Sorgsamkeit der Formulierung seiner Aeußerungen keine Zweifel darüber gelassen, daß sich aus einer Wiederkehr des Kabinetts von Papen auch für die Zentrumspartei Konsequenzen ergeben. Aus diesen Gründen dürften am Samstag auch noch andere Möglichkeiten erwogen worden sein; und das ist neben der Möglichkeit eines Kabinetts von Papen

2. **eine Reichsregierung unter Führung des Leipziger Oberbürgermeisters Dr. Gördeler.** Dr. Gördeler würde sicher die Unterstützung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei finden. Er gilt außerdem als der Kandidat der Deutschnationalen. Das ist um so bemerkenswerter, als die Aeußerungen der Scherlpresse in den letzten Tagen ein starkes Abrücken der Deutschnationalen von der Persönlichkeit des bisherigen Reichskanzlers verraten. Ein Kabinett Gördeler würde im Reichstag auch keineswegs eine Mehrheit finden; immerhin würde es mit etwa 200 Abgeordneten, die es unterstützen würden, eine breitere Basis besitzen.

3. **kommt jetzt auch ein Kabinett Schleicher in Frage,** allerdings erst als letzte Möglichkeit. Es ist bekannt, daß General von Schleicher einer Kabinettsneubildung durch ihn bisher immer ablehnend gegenübergestanden hat. Wenn aber die beiden anderen hier behandelten Möglichkeiten erschöpft wären, wird er sich nach dem Verlauf der Konferenz vom Samstag beim Reichspräsidenten einer Berufung nicht entziehen.

Die jetzt beabsichtigte **Fühlungnahme mit den Parteien** wird sich auf dieselben Gruppen erstrecken, die während der Verhandlungen der letzten Tage im Vordergrund standen, allerdings mit Ausnahme der Nationalsozialisten. Herr Hitler ist am Samstag aus Berlin abgereist. Die Führung der NSDAP. hat bereits erklärt, daß sie **jedes Kabinett aufs schärfste bekämpfen werde,** das nicht unter Führung Hitlers steht. Besprechungen mit den Nationalsozialisten erübrigen sich deshalb. Dafür ist aber anzunehmen, daß auch mit den Sozialdemokraten gesprochen werden wird, um festzustellen, wie weit sie in der Lage wäre, ein Präsidialkabinett bestimmter Schattierung zu tolerieren, damit die Ansätze wirtschaftlicher Belebung in den nächsten Monaten nicht wieder durch die Heftigkeit der innerpolitischen Kämpfe, eine neue Reichstags-Auflösung und ähnliches mehr, zerstört werden.

Es liegt in der Natur dieser umfangreichen Fühlungnahme, daß die Entscheidung des Reichspräsidenten **auch noch nicht am Montag zu erwarten ist.** Vielmehr rechnet man damit, daß es bis zur Klärung der Kanzlerfrage sicher Mittwoch werden wird. Der Reichspräsident selbst wird mit den Parteien nicht Fühlung nehmen, sondern es ist beabsichtigt, daß verschiedene andere Persönlichkeiten diese Aufgabe übernehmen. Im ganzen ist diese Wendung der Dinge als ein erneuter Beweis dafür zu betrachten, wie ernst der Reichspräsident selbst um die bestmögliche Lösung der augenblicklichen Krise bemüht ist.

*

**Die „Kölnische Volkszeitung" über die neuen Verhandlungen.**

T.U. **Köln**, 27. Nov. Die „Kölnische Volkszeitung" schreibt in ihrem Berliner Leitartikel zu Verhandlungen Schleichers mit den Parteiführern u. a., es komme jetzt darauf an, welches Programm Schleicher den Parteien vorzuschlagen habe. Notwendig wäre die Beschränkung auf die nächstliegenden Fragen der Wirtschafts- und Außenpolitik und der Verzicht auf alle jene überflüssigen Verfassungsprobleme, die von der Reichsregierung angeschnitten worden seien und die doch nicht gelöst werden könnten. So schwierig die Dinge auch als Folge der Papen-Herrschaft liegen möchten, es wäre ein Fortschritt, wenn jetzt wenigstens eine Notlösung ohne Konflikte angestrebt würde. Die Aussichten für ein Gelingen müßten allerdings auf den Nullpunkt sinken, sofern diese Verhandlungen auf der Basis eines neuen Papen-Kurses mit vielleicht etwas verändertem Programm geführt werden sollten. Für das Zentrum bestehe keine Veranlassung, in die Bresche einzuspringen, die ursprünglich die Nationalsozialisten ausfüllen sollten. Das Zentrum sei für einen annehmbaren Burgfrieden, es sei aber nicht dafür da, das festgefahrene Papen-Schiff wieder flott zu machen.

*

### Der Reichsaußenminister in Berlin

**Genf**, 27. Nov. Reichsaußenminister Freiherr von Neurath ist in Begleitung des Vortragenden Legationsrates Katzenberger nach Berlin zurückgekehrt. Die Führung der deutschen Delegation im Völkerbundsrat hat Gesandter Freiherr von Weizsäcker übernommen.

## Landgemeindewahlen in Bremen

T.U. **Bremen**, 27. Nov. In den 14 Gemeinden des Bremischen Landgebietes fanden am Sonntag die Landgemeindewahlen statt, die als hervorstechendstes Merkmal einen starken Schwund der sozialdemokratischen Wählerstimmen und Zunahme der Kommunisten und Nationalsozialisten brachten. Die Parteien zwischen der S.P.D. und N.S.D.A.P. büßten von bisher 75 4 ein. Die S.P.D. verlor von 109 Sitzen bisher 18, dagegen gewannen die Kommunisten, die bisher nicht vertreten waren, 8 Mandate und die Nationalsozialisten, die bisher ebenfalls über kein Mandat verfügten, 14 Sitze. Dieses Ergebnis läßt erkennen, daß die bisherige sozialdemokratische Vormachtstellung mandatsmäßig erledigt sein dürfte. Das Verhältnis der Stimmen insgesamt ist folgendes: (die Landgemeindewahl 1929 und Reichstagswahl 6 November): S.P.D. 4160 (4422) (4307), N.S.D.A.P. 894 (in vier Gemeinden, in den übrigen Gemeinden keine selbständige Liste), (nicht vertreten) (1191), K.P.D. 567 (in fünf Gemeinden) (—) (634), Parteien zwischen S.P.D. und N.S.D.A.P. 2792 (3034) (2330).

**Das amtliche Ergebnis der Landgemeindewahlen in Bremen.**

T.U. **Bremen**, 27. Nov. Das amtliche Ergebnis der Landgemeindewahlen in den 14 Gemeinden des Bremischen Landgebietes ist folgendes:

| | | | Landgemw. 1929 |
|---|---|---|---|
| S.P.D. | 4160 | Mandate 91 | (109) |
| N.S.D.A.P. | 894 | Mandate 14 | (—) |
| K.P.D. | 567 | Mandate 8 | (—) |
| Parteien zwischen S.P.D. und NSD.A.P. | 2792 | Mandate 71 | (75) |

Wahlberechtigt waren 10 847 Personen. Abgegeben wurden 8413 gültige Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 81,56 v. H.

## Wieder ein Deutscher von polnischen Grenzbeamten mißhandelt

T.U. **Kattowitz**, 27. Nov. Wie die „Polonia" berichtet, wurde der 21jährige deutsche Reichsangehörige Mos aus Hohenlinde beim unerlaubten Grenzübertritt verhaftet und in einem Eisenbahnhäuschen von zwei polnischen Grenzbeamten so geschlagen, daß er in das Krankenhaus nach Piasnika geschafft werden mußte, wo er erst nach vier Stunden das Bewußtsein wieder erlangte. Den Aerzten sagte Mos, er sei von den polnischen Beamten furchtbar mißhandelt worden, da er vor etwa einem Jahr mit einem der Beamten in eine Schlägerei verwickelt worden sei, in der der eine Beamte den kürzeren gezogen habe. Mos hat am ganzen Körper schwere Verletzungen davongetragen

## Eingabe von Hausbesitz und Handwerk an die Reichsregierung

**Berlin**, 26. Nov. Der Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine und der Reichsverband des Deutschen Handwerks haben in einer gemeinsamen Eingabe an die Reichsregierung darauf hingewiesen, daß sich die hinsichtlich der **Wiederinstandsetzungsaktion des Hausbesitzes** gehegten Erwartungen restlos erfüllt hätten. Die von der Reichsregierung bereitgestellten 50 Millionen RM. Reichszuschüsse seien bereits restlos aufgebraucht. Dies bedeute, daß innerhalb weniger Wochen für rund einer Viertelmilliarde Reichsmark Aufträge an das Handwerk gegeben werden konnten. Die Erfahrung von nur zwei Monaten habe gezeigt, daß beim deutschen Hausbesitz ein nahezu unerschöpfliches Arbeitsgebiet brach liegt, das bisher wegen der steuerlichen Ueberlastung nicht erschlossen werden konnte. In der Eingabe wird beantragt, sofort einen weiteren Betrag von 200 Millionen RM für die Gewährung von Reichszuschüssen bei Instandsetzungsarbeiten unter grundsätzlicher Beibehaltung der bisherigen Bedingungen bereitzustellen. Falls es jedoch angesichts der schwierigen Finanzlage des Reiches nicht möglich sein sollte, den ganzen Betrag von 200 Millionen RM. in bar zur Verfügung zu stellen, soll die Zuschußgewährung zum Teil auch unter Einbeziehung der Hauszinssteuer in das Steuergutscheinverfahren erfolgen. Grundsätzlich vertritt aber der Hausbesitz nach wie vor die Auffassung, daß die Hauszinssteuer beschleunigt beseitigt werden muß.

## Erste Rede Hitlers nach den Berliner Verhandlungen

**Weimar**, 27. Nov. Im Rahmen einer nationalsozialistischen Wahlversammlung zu den thüringischen Kommunalwahlen am 4. Dezember sprach in der Weimarhalle neben dem thüringischen Minister Sauckel der Berliner Gauführer der NSDAP., Dr. Göbbels, und als letzter Redner Adolf Hitler, der sich nach Abschluß der Berliner Verhandlungen um die Regierungsbildung auf der Rückreise nach München befand. Er betonte, daß seine Voraussagen über das Scheitern der Wirtschaftssanierung eingetroffen seien. Nach einer Kritik an verschiedenen Regierungsmaßnahmen des Reichsinnenministers Freiherr von Gayl und des Reichswehrministers von Schleicher befaßte sich Hitler mit der Außenpolitik. Er erklärte, daß bei einer Beibehaltung des jetzigen Kurses der Außenpolitik die Isolierung Deutschlands in wenigen Monaten noch viel schlimmer als jetzt sein werde. Im übrigen betonte Hitler, er habe sich nicht als Kanzler aufgedrängt. In wenigen Monaten werde man die Nationalsozialisten wieder zu Hilfe rufen. Wenn man ihn aber rufe, solle man das nur tun, wenn es ehrlich gemeint sei. Dann werde man auch nichts sagen können, daß die Nationalsozialisten sich vor der Not drücken wollten.

## Aus dem Preußischen Landtag

**Berlin**, 27. Nov. Im Preußischen Landtag wurde namentlich abgestimmt über einen kommunistischen Antrag, wonach alle **Kommissare des Reiches in Preußen zurücktreten,** ihre Amtshandlungen als rechtsunwirksam erklärt und alle Verordnungen und Maßnahmen der Kommissariatsregierung sofort außer Kraft gesetzt werden sollen. Der Antrag wurde mit 126 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und der Staatspartei angenommen. Die Nationalsozialisten und das Zentrum gaben 188 Enthaltungskarten ab. Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen beteiligten sich nicht.

Gleichfalls namentlich abgestimmt wurde über einen sozialdemokratischen Antrag, der die sofortige **Einsetzung des Staatsministeriums Braun** in alle die Rechte fordert, die zur Durchführung der Aufgaben des Landtages als Vertretung des preußischen Volkes erforderlich sind. Das Ergebnis der Abstimmung war, daß nur 169 Karten (der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Staatspartei) abgegeben wurden. Das Haus war also beschlußunfähig. — Nächste Sitzung 13. Dezember.

## Einigung zwischen Danzig und Polen

**Genf**, 27. Nov. Entgegen der während der Ratstagung bei Behandlung der Danziger Zloty-Angelegenheit noch in Erscheinung tretenden Schwierigkeiten ist in stundenlangen direkten Verhandlungen der Parteien unter Vermittlung des interimistischen Kommissars Rosting, dessen Bemühungen besondere Anerkennung verdienen, überraschenderweise **ein Uebereinkommen zustandegekommen** und vom Senatspräsidenten Ziehm und dem polnischen Außenminister Beck unterschrieben worden, durch das nicht nur die polnische **Zloty-Verordnung zurückgezogen,** sondern auch noch drei andere Streitfragen weitgehend **im Sinne Danzig geregelt** wurden. Diese betreffen die Durchführung des Gutachten des Haager Gerichtshofes für die Rechte der Polen in Danzig (entsprechend den Minderheitenrechten von Danziger Angehörigen in Polen), zweitens eine Beitragsleistung an die Schullasten Danzigs für die polnischen Eisenbahnkinder und drittens die gegenseitige Aufhebung der Verbote von vier polnischen Zeitungen in Danzig und von zwei Danziger Zeitungen in Polen.

Die fast unerwartet gekommene Nachgiebigkeit der polnischen Delegation wird hier mit Befriedigung aufgenommen. Die Frage einer Neuregelung des beschleunigten Verfahrens („action directe") im Sinne von raschen „einstweiligen Verfügungen", die durch die Zloty-Angelegenheit im Völkerbundsrat in Diskussion gekommen ist, soll durch das dafür eingesetzte Juristenkomitee weiter geprüft werden. Wenn die Wahl des neuen Völkerbundskommissars bis 1. Dezember nicht zustandekommt, wird der interimistische Kommissar Rosting vorläufig weiterhin das Amt versehen.

# Pariser Handelsvertragsverhandlungen in Berlin

**Ausgerechnet Frankreich verlangt von Deutschland eine Milderung der Devisengesetzgebung — Die Katastrophe der französischen Zahlungsbilanz — Folgen der Hortungspolitik**

Von Werner Beringer.

Die Auguren der Weltwirtschaft lächeln, wenn sie hören, daß Frankreich in Berlin verhandelt, um eine Milderung der deutschen Devisengesetzgebung für französische Einfuhrwaren zu erzielen. Frankreichs Politik der Goldhortung war ja erst die Ursache für die Devisenschutzversuche in aller Welt. Paris kann jetzt einigermaßen überblicken, was es dadurch angerichtet hat.

Einer der ermutigenden Antriebe für die zaghafte, aber doch sichtbar voranschreitende Konjunkturbildung in immer zahlreicheren Ländern, von denen man glücklicherweise auch Deutschland nicht mehr auszuschließen braucht, steht im engsten Zusammenhang mit dem völlig durchgeführten Abzug der kurzfristigen französischen Auslandsgelder. Die Franzosen können mit Stolz berechnen, daß ihnen diese Arbeit gründlich gelungen ist, und die Unternehmungslustigen in aller Welt, die aufbauenden Kräfte der Persönlichkeiten, die den Millionen der Arbeitslosen in allen Ländern Rückwege zu ihren Arbeitsplätzen erschließen möchten, bekunden größeren Wagemut, weil dieser Kapitalrückzug so restlos gelungen ist. Seine Vollendung bedeutet nichts anderes als die Ausschaltung der furchtbarsten Störungsquelle der letzten Jahre aus der Weltwirtschaft, der hinterhaltigen französischen Anleihepolitik und Gelderbewegung aus politischen Gründen.

Frankreich bereitete den Volkswirtschaften der Erde einen verbrecherischen Aderlaß und brachte sie hart an die Grenze des Erliegens. Aber die Blutbildungskräfte des Erdballs außerhalb Frankreichs sind offensichtlich noch lange nicht erschöpft. Frankreichs Körper erscheint aber so stark mit dem Wirtschaftsblut des Goldes übersättigt, daß sich deutliche Anzeichen der Blutverdickung bemerkbar machen. Der Goldbestand der Bank von Frankreich wuchs 1930 um fast 12 Milliarden Franken, 1931 um weitere 15 Milliarden und 1932 bis einschließlich Juni um die gigantische Summe von 23,2 Milliarden Franken allein, so daß der Goldhort der Bank auf mehr als 82 Milliarden Franken oder rund 14 Milliarden Goldmark anschwoll, wozu noch rund 10 Milliarden Franken an Gold in französischem Bank- und Privatbesitz kommen. Nun hat Frankreich aber auch alles, was es bekommen kann, abgesehen von den paar bedeutungslosen Milliarden in Südosteuropa.

Damit sollen die einschneidenden Folgen dieser gewissenlosen französischen Geldwirtschaft, also der Zwang vieler Länder zur Preisgabe der Goldwährung und die damit verbundenen wirtschaftlichen Erschütterungen, die Verschärfung der Deflation auf der ganzen Erde, zahllose Zusammenbrüche wertvollster Unternehmungen und die Verelendung ganzer Völker nicht abgeschwächt werden. Aber Frankreich kann nun diese Erscheinungen nicht mehr aus politischen Gründen verschlimmern, sondern gerät selbst unter die Notleidenden. Weil das französische Gold so nutzlos in den Kellern der Bank von Frankreich schlummert, wie zu den Zeiten, als es in Südafrika und an anderen Goldfundstellen noch nicht ans Licht gezogen worden war, bringt es den Franzosen auch keinen Nutzen mehr. Die Zinsen aus der Arbeit unserer Völker fallen fort, und Frankreichs Wirtschaft selbst ist zu schaffensfaul, zu einfallsmüde, als daß ihr das Gold Auftrieb geben könnte. Infolgedessen kam es zu einer katastrophalen Entwicklung der französischen Zahlungswirtschaft. Der Fehlbetrag der Zahlungsrechnung Frankreichs im letzten Jahre beläuft sich auf 27 Milliarden Franken. Das heißt, daß Frankreich rund viereinhalb Milliarden Goldmark unfreiwillige Tribute an das Ausland gegeben hat, um leben zu können.

Zu den Nutznießern dieser französischen Goldabgaben, die nicht verzinst und nicht zurückgezahlt werden brauchen, sondern den ausländischen Völkern auf Kosten Frankreichs ihr Dasein erleichtern, gehört auch Deutschland mit fast einer halben Milliarde RM. im Jahre 1931, weil wir Frankreich zwar für 341,6 Millionen RM. an Waren abnahmen, ihm aber für 834,1 Millionen RM. verkauften. Wir beziehen aus Frankreich in besonderem Umfange Textilwaren (vorjährlich noch an 78 Millionen RM. für Kleider, die wir auch bei uns herstellen könnten und sollten), Wolle, Felle, Obst, Küchengemüse, Sämereien, Erze, Kunstseide, Garne, Duftstoffe (10 Millionen RM.) und Eisen. Die Franzosen kauten bei uns in Beträgen von mindestens 10 Millionen RM. und darüber Rindvieh, Felle, Bau- und Nutzholz, Holzschliff, Steinkohlen, Koks, Preßkohlen, Textilwaren, Leder, Pelze, Papierwaren, Chemikalien, Glas- und Kupferwaren, Maschinen (der höchste Lieferposten mit 124 Millionen RM. 1931), elektrotechnische Erzeugnisse und Wasserfahrzeuge.

Der erhebliche Bedarf Frankreichs an diesen deutschen Waren erklärt sich zum Teil aus den Reparationslieferungen, die — namentlich für Maschinen — ständige Nachlieferungen erforderlich machen. Nicht zuletzt dadurch wird Frankreich ein guter Abnehmer Deutschlands, aber dieses ist kein schlechter Kunde, sondern gehört zu Frankreichs besten. Infolge der Krise schrumpfte unsere Frankreicheinfuhr in den ersten neun Monaten dieses Jahres auf 139 Millionen, unsere Frankreichausfuhr aber auf 368 Millionen RM. Die französischen Käufe bei uns haben also stärker nachgelassen als die deutschen drüben. **Trotzdem fühlen sich die Franzosen benachteiligt, weil wir angeblich für ihre meist entbehrlichen Erzeugnisse nicht genügend Devisen bereitstellen. Daraus erklären sich die Pariser Handelsvertragsverhandlungen in Berlin. Die Franzosen wollen ihren Deutschlandabsatz verbessern. Wird man ihnen in Berlin sagen, daß sie dann vor allem eine bessere Außenpolitik machen müssen?**

# Um die Kriegsschulden

**Die amerikanischen Noten an England, Frankreich und Belgien**

**Washington,** 26. Nov. Das Staatsdepartement veröffentlichte die Texte der am 23. November den Vertretern Englands, Frankreichs und Belgiens überreichten Antworten auf deren Verlangen um Aufschub und Revision der Schuldenraten. Die Antworten an Polen und die Tschechoslowakei werden morgen übergeben werden. Alle Antworten sind ungefähr gleichlautend. Lediglich die **Note an England ist etwas milder** abgefaßt; sie enthält beispielsweise nicht den Satz: „Ich glaube es wäre unratsam, den Versuch einer Einleitung von Verhandlungen auf anderem Wege zu unternehmen, als auf dem in dem Schuldnerabkommen mit Ihnen vereinbarten." Dieser Satz findet sich in den Antworten an Belgien und Frankreich. Die Antworten an diese beiden genannten Staaten betonen ferner, daß eine **Bezugnahme auf das Lausanner Abkommen ein schiefes Argument sei;** während bei der Reparationsfrage die Baseler Sachverständigenkommission einen ausführlichen Bericht über Deutschlands Zahlungsunfähigkeit vorgelegt habe, **liege in der Schuldenfrage kein Gutachten über Frankreichs und Belgiens Zahlungsunfähigkeit vor.**

Im Staatsdepartement wurde erklärt, daß die amerikanische Regierung geneigt sei, **England** die Bezahlung der Dezember-Rate in Pfund Sterling zu gestatten, sofern der Bundeskongreß sie hierzu ermächtige.

•

**Um die Zahlung der englischen Dezemberrate**

**Neuyork,** 26. Nov. Dem Washingtoner Reuterkorrespondenten zufolge hält man es angesichts des **Fallens des Pfundes** für wahrscheinlich, daß der Kongreß aufgefordert werden wird, die Einzahlung des am 15. Dezember fälligen Betrages auf Sterling-Sperrkonto zu autorisieren. Wenn es auch natürlich noch ungewiß sei, ob der Kongreß diesen Vorschlag annimmt, so scheint er doch mehr Aussicht als jeder andere zu haben. Die Bemühungen, eine allgemeine Zahlungsverweigerung zu vermeiden, nehmen offensichtlich zu, denn es sei klar, daß ein solches Ereignis nicht nur ein schwerer Schlag für das allgemeine Vertrauen bedeuten, sondern auch die Vereinigten Staaten eines wirksamen Hebels auf der Abrüstungs- und der Weltwirtschaftskonferenz berauben würde.

•

**Keine Gefährdung des Lausanner Abkommens.**

**London,** 26. Nov. Der diplomatische Korrespondent der „Morningpost" weist darauf hin, daß die vielfach herrschende Ansicht, wonach das Lausanner Abkommen durch eine Weigerung Amerikas, sich auf eine Suspendierung der Dezember-Zahlung einzulassen, gefährdet ist, auf einer irrtümlichen Auffassung beruht. Nach dem Gentlemen Agreement wurde festgesetzt, daß das Lausanner Abkommen so lange nicht ratifiziert werden würde, bis eine befriedigende Regelung mit Amerika erreicht worden sei. Die Frage der Zahlung oder Nichtzahlung am 15. Dezember präjudiziere in keiner Weise die schließliche Regelung. Sie sei tatsächlich weiter nichts als eine Sache des Verfahrens.

**Amerikanischer Handelskammer-Ausschuß zur Schuldenfrage**

**Neuyork,** 27. Nov. In einem Bericht des Handelskammer-Ausschusses der Vereinigten Staaten wird angeregt, den Ländern, die nicht fähig sind, ihre Schulden gegenwärtig zu begleichen, einen Zahlungsaufschub zu gewähren und ihnen eine Modifikation der Kriegsschulden zuzubilligen. Eine Streichung der Schulden sei abzulehnen.

**Auch Polen und die Tschechoslowakei müssen zahlen.**

T.U. **Washington,** 27. Nov. Das Washingtoner Staatsdepartement hat jetzt an Polen und die Tschechoslowakei Noten gesandt, in denen zum Ausdruck gebracht wird, daß in den Gesuchen um Zahlungsaufschub kein Grund für eine solche Maßnahme zu finden sei.

Ein Sonderausschuß der Handelskammer der Vereinigten Staaten sprach sich gegen jede Kriegsschuldenstreichung aus, trat jedoch für eine vorübergehende Verlängerung des Schuldenmoratoriums ein. Eine Revision könnte nur vorgenommen werden, falls die Alliierten abrüsteten und besondere Zollzugeständnisse machten.

**Entweder zahlen oder Zahlungsunfähigkeit erklären. — Kein Aenderung des amerikanischen Standpunktes.**

T.U. **Washington,** 28. Nov. Angesichts der Tatsache, daß von den Schuldnerländern neue Noten an die Regierung der Vereinigten Staaten vorbereitet werden, wird in der Regierung nahestehenden Kreisen betont, daß die Entscheidung über die Abänderung weiterer Zahlungserleichterungen endgültig u. unabänderlich sei. Präsident Hoover könne nichts weiter tun, als dem Kongreß die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Schulden vorschlagen, was der Kongreß wahrscheinlich ablehnen werde. Die Schuldnerländer müßten die Mitte Dezember fällige Rate bezahlen oder ihre Zahlungsunfähigkeit erklären.

In Regierungskreisen erwartet man, daß die Schuldnerländer sich wegen der Schuldenherabsetzung mit Roosevelt nach seinem Amtsantritt in Verbindung setzen.

# Hungertod durch Zuckersteuer

**Ueber 40 000 Bienenvölker vernichtet**

LC. Mitte des Jahres 1931 wurde auf Grund einer Notverordnung der damaligen Regierung Brüning die Steuerfreiheit des Futterzuckers für Bienenvölker trotz des schärfsten Widerstandes der Landwirtschaft aufgehoben. Die von den Imkern vorausgesagte Wirkung dieser unverständlichen Maßnahme trat schon bei der Viehzählung vom 1. Dezember 1931 deutlich zutage. Die Zahl der deutschen Bienenvölker, die sich in den vorangegangenen Jahren langsam gesteigert hatte und sich wieder dem Vorkriegsstand näherte, verminderte sich schlagartig um etwa 250 000 Völker. Die Imker waren nicht in der Lage, die notwendigen Futtermengen in Form von Zucker in genügenden Mengen zu beschaffen und ließen deshalb schon vor Eintritt des Winters einen großen Teil ihrer Bienenvölker eingehen. Im Laufe des vergangenen Winters sind nach den übereinstimmenden Schätzungen von Fachleuten weiterhin mehrere hunderttausend Bienenvölker verhungert, weil sich für den Imker die notwendige Zufütterung von mindestens 25 Pfund Zucker je Volk bei der hohen Zuckersteuerbelastung nicht mehr lohnt.

Alle Hinweise im laufenden Jahre auf diese verheerenden Folgen der Ausdehnung der an sich schon überhöhten Zuckersteuer auf Bienenfutterzucker sind vom zuständigen Finanzministerium abgewiesen worden. Noch wie vor halten aber die Absatzschwierigkeiten für deutschen Honig durch die Preisunterbietung des ausländischen Honigs an, obwohl sich der größte Teil der rund 200 000 deutschen Imker auf eine standardisierte Güteerzeugung von Honig umstellt. Wiederum steht ein Winter vor der Tür und da die Verhältnisse gegenüber dem Vorjahre sich weiter verschlechtert haben, ist es anzunehmen, daß auch von dem gegenwärtig noch vorhandenen deutschen Bestand an Bienenvölkern ein Teil dem Hungertode preisgegeben werden müssen. Dies alles nur, weil man im Finanzministerium nicht die Ressortscheuklappen abzulegen gewillt ist. Bei dem heutigen Stande der deutschen Bienenzucht bringt die Zuckersteuer für Bienenfutterzucker nur etwa 4—4,5 Millionen RM. ein. Um dieser relativ geringen Einnahme willen vernichtet man aber einen ganzen deutschen Erzeugungszweig, dessen jährliche Produktion wertmäßig den Ertrag der Zuckersteuer um ein Vielfaches übersteigt und dessen Bestand für die deutsche Landwirtschaft, insbesondere aber für den deutschen Obstbau, von grundlegender Bedeutung ist. Es muß daher immer wieder die Forderung erhoben werden, daß die völlig unverständliche Zuckersteuer für Bienenzucker wegfällt.

# Um ein Kinderherz

**Roman von Klothilde von Stegmann-Stein**

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[27

Siebzehntes Kapitel.

Mit wild schlagendem Herzen saß Ina in ihrem Schlafzimmer und kämpfte ihre bittere Enttäuschung nieder. Sie hatte die Szene so meisterhaft berechnet, und sie hatte nicht anders geglaubt, als daß sie ihre Wirkung auf ihren Vetter nicht verfehlen würde.

Ina hatte so oft ihre Macht über Männer erprobt; so viele hatten sie umworben, so viele waren enttäuscht gewesen und unglücklich bis ins Herz getroffen, als sie dem reichen, ältlichen Hartwig ihr Jawort gegeben hatte. — Und gerade hier, an diesem einen Manne, den sie erringen wollte, sollte ihre Kunst scheitern? Sie hatte nichts anderes erwartet, als daß ihre Umarmung auch Weltners Sinne heißer aufwallen lassen würde, daß er ihr folgen würde, wenn sie fluchtartig das Zimmer verließ, daß er sie zurückhalten und eine Erklärung von ihr fordern würde, in deren Verlauf sie ihn schon durch Tränen und gut gespielte Verzweiflung dazu bekommen hätte, sich ihr zu erklären.

Aber nichts von alledem war geschehen — er hatte sie gehen lassen, und nun hörte sie auch seine Schritte nach einem kurzen Zögern an ihrer Tür vorbei und weiter in seine Zimmer gehen.

Wütend ballte Ina die Fäuste. Sie hatte keine Zeit mehr zu verlieren. Die Gläubiger drängten, und das elegante Modegeschäft, aus dem sie ihre Wintergarderobe bezogen, hatte ihr nur eine Frist von vier Wochen, eine letzte Frist, gestellt. Wenn bis dahin die Rechnung für die Sommerkleidung nicht beglichen war, so wollte man sich unweigerlich an ihren Vetter direkt wenden.

Sie konnte nicht länger warten. Wer weiß, wann sie diesen Stockfisch von Vetter endlich dorthin bekam, wo sie ihn haben wollte — vielleicht überhaupt nicht. Konnte man wissen, wie er mit dieser scheinheiligen Person, dieser neu aufgetauchten Sekretärin, stand? Nein, man mußte vorwärts kommen, um sich Unannehmlichkeiten von seiten der Gläubiger zu entziehen.

Sie griff nach dem Telephonhörer und verlangte die Nummer Fritz von Dubians. Fritz hatte ihr da eine Andeutung gemacht von einer geschäftlichen Angelegenheit, in der man ihre Hilfe brauchte und für die man ihr einen erheblichen Gewinn beim Gelingen in Aussicht stellen konnte. Sie hatte zwar immer ein Mißtrauen gegen die Geschäfte, in denen Fritz seine Hände hatte. Aber was half es? Wenn man in Schwierigkeiten war wie sie, durfte man nicht wählerisch sein.

Trotz der späten Stunde meldete sich Fritz sofort.

„Nanu!" hörte sie seine erstaunte Stimme. „Was gibt es denn? Willst du mir vielleicht eine freudige Familiennachricht mitteilen? Hast du dich vielleicht mit deinem Vetter Weltner verlobt?"

„Sei doch nicht so unvorsichtig!" sagte Ina ärgerlich. „Wenn jemand mithören würde, was würde das geben? Im Gegenteil, ich scheine von der Erfüllung meiner Pläne noch ziemlich weit entfernt zu sein — und ich brauche notwendig Geld."

Ein gedehnter Pfiff war die Antwort.

„Dazu brauchtest du mich nicht mitten am Abend anzurufen; ich habe abends genau so wenig Geld wie früh. Da bist du an die falsche Adresse gekommen."

„Darum handelt es sich ja nicht!" antwortete Ina gedämpft. „Aber du hast mir doch neulich etwas angedeutet von einem Geschäft, an dem ich mich beteiligen soll."

„Aha, interessierst du dich doch dafür? Als ich die Sache erwähnte, hattest du ja wenig Neigung dafür, mich auch nur anzuhören."

„Die Situation hat sich geändert — jetzt interessiert es mich. Aber nur, wenn es eine ernsthafte und saubere Angelegenheit ist."

„Komisch bist du", hörte Ina den Freund mit spöttischer Stimme sagen. „Willst du verdienen oder willst du nicht verdienen? Mit Glacéhandschuhen an den Fingern macht man heutzutage kein Geld. Jedes Geschäft, das mir was einbringt, ist sauber und ernsthaft, vorausgesetzt, daß ich klug bin und mich nicht erwischen lasse. — Also ich komme morgen zu dir, während Weltner im Büro ist, dann können wir das Nähere besprechen."

„Willst du mir nicht jetzt schon etwas erzählen?"

„Wer hat mich vorhin selbst zur Vorsicht gemahnt, mein liebes Kind, und Angst gehabt, daß irgendein Unbefugter mithören könnte? Du — nicht wahr? Also folge ich deiner weisen Lehre und plaudere nichts am Telephon aus. Ich bin morgen gegen elf Uhr bei dir, dann ist ja auch die Luft rein, und wir können uns in Ruhe unterhalten. Vielleicht bringe ich auch meinen Geschäftsfreund mit, der an der Angelegenheit beteiligt ist."

„Dann wollen wir uns lieber am dritten Ort treffen", widersprach Ina hastig, denn sie wußte, daß mit den sogenannten Geschäftsfreunden Dubians nicht allzuviel Ehre einzulegen war.

„Sagen wir doch im Kaffeehaus Korso in der Friedrichstadt — nicht wahr? Ich werde um elf Uhr pünktlich dort sein."

„Allright und gute Nacht! Schlafe gut und träume von den Scheinchen, die wir zusammen verdienen wollen!"

Ina hing ab und ging zu Bett; aber noch lange konnte sie keinen Schlaf finden. Die Erlebnisse des Abends hatten sie erregt, und mit bitterem Haßgefühl dachte sie an Edith Bernheim, der sie für ihre Niederlage Weltner gegenüber die Schuld gab.

Achtzehntes Kapitel.

Rechtsanwalt Weltner wachte am nächsten Morgen mit einem schweren Kopf und heftigen Gliederschmerzen auf. Hatte er sich bei dem gestrigen nächtlichen Spaziergang erkältet, war das trotz der vorgerückten Jahreszeit in seinem Schlafzimmer weit geöffnete Fenster bei abgedrehter Heizung schuld? Er fühlte die Anzeichen einer heftigen Erkältung.

(Fortsetzung folgt.)